spd@stadt.nuernberg.de
www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de

U1, U11 Lorenzkirche
Bus 36, 46, 47 Rathaus

Rathaus
90403 Nürnberg

Tel 0911 / 231-2906
Fax 0911 / 231-3895

**SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG**

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

Integr K u. StR

OBERBÜRGERMEISTER
08. JULI 2011 /.....Nr.....

MRB	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
		4 Antwort vor Absendung vorlegen
	2 z.K.v.	5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Kopie: Ref. IV/kuf, BgAB, May

Nürnberg, 7. Juli 2011
Penzkofer-Röhrl

Offensiv für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat im Februar diesen Jahres eine „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft" gestartet, mit dem Ziel, Netzwerke gegen Diskriminierung zu fördern, um so einerseits die Situation derjenigen zu verbessern, die von Diskriminierungen betroffen sind und andererseits die Zusammenarbeit der AkteurInnen in den vielfältigen Anlauf- und Beratungsstellen zu fördern.

Die Antidiskriminierungsstelle will auf diesem Gebiet verstärkt mit Ländern und Kommunen kooperieren und hat dazu eine „Koalition gegen Diskriminierung" ins Leben gerufen. Auf den verschiedenen Ebenen (Länder und Kommunen) sollen zentrale AnsprechpartnerInnen gewonnen werden, mit denen dann gemeinsame Strategien gegen Diskriminierungen erarbeitet werden sollen (vgl. Pressemitteilung Nr. 3/2011 vom 21.02.2011 der Antidiskriminierungsstelle).

Nürnberg als Stadt der Menschenrechte hat durch Stadtratsbeschlüsse und insbesondere mit seinem Menschenrechtsbüro Pionierarbeit auf diesem Gebiet geleistet (u.a. Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt, Europäische Städtekoalition gegen Rassismus). Insofern ist wäre es nur logisch, wenn Nürnberg seine Erfahrungen in die „Koalition gegen Diskriminierung" einbringen würde.

Die SPD-Fraktion stellt daher für den zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

Die Stadt Nürnberg unterzeichnet die gemeinsame Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft" (s. Anlage) und benennt einen Ansprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin, der/die sich an der Entwicklung gemeinsamer Antidiskriminierungsstrategien beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Vogel
Fraktionsvorsitzender

Stadtratsfraktion Nürnberg
SPD

Antidiskriminierungsstelle
des Bundes

Pressemitteilung

Nr. 3/2011 vom 21. Februar 2011
Seite 1 von 2

HAUSANSCHRIFT
Glinkastraße 24
10117 Berlin

Pressestelle

Tel.: 03018 555-1805
Fax: 03018 555-41865

poststelle@ads.bund.de

SPERRFRIST: 11.00 Uhr

Antidiskriminierungsstelle gibt Startschuss zu ihrer „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft" – Wowereit unterzeichnet Erklärung

Beleidigt, beschimpft, übergangen oder unfair behandelt? Viele Menschen wissen nicht, welche Rechte sie haben oder wohin sie sich wenden sollen, wenn sie diskriminiert werden. Oftmals müssen sie mit den frustrierenden Erlebnissen allein klarkommen – ein Umstand, der manchmal Abgrenzung oder gar Abschottung zur Folge hat. Umso wichtiger ist es, betroffenen Menschen Perspektiven aufzuzeigen und Hilfe anzubieten. Bislang ist die Unterstützung von Betroffenen in Deutschland jedoch nicht zufrieden stellend. Zwar gibt es viele Anlaufstellen, die Hilfe anbieten, etliche von ihnen arbeiten jedoch sehr spezialisiert und beraten für nur einen Diskriminierungsgrund – beispielsweise nur für Behinderung oder nur für Frauen.

Deshalb hat die ADS am Montag eine **„Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft"** gestartet und will bundesweit die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure untereinander fördern und die lokale Beratungsarbeit unterstützen, damit Betroffene nicht mehrere Anlaufstellen aufsuchen müssen. Ziel ist es, allen Menschen – gerade auch vor Ort – die bestmögliche Beratung und Unterstützung zu bieten. Zu diesem Zweck wird die ADS **insgesamt 1,2 Millionen Euro Fördergelder** für die Gründung von **Netzwerken gegen Diskriminierung** zur Verfügung stellen. „Wir müssen langfristig erreichen, dass Deutschland flächendeckend Beratungsstellen schafft, um Menschen bei Diskriminierung zu helfen", betonte Lüders und fügte hinzu: „Diskriminierung ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft."

Nötig sei einerseits eine gezielte Aufklärung über eigene Rechte und Möglichkeiten, sich gegen Diskriminierung zu wehren. Andererseits ist eine nachhaltige Unterstützung von Betroffenen nötig, die ohne ein starkes Engagement der Länder und Kommunen nicht zu bewältigen ist. Die ADS wolle daher eng mit Ländern und Kommunen zusammenarbeiten und hierzu eine **„Koalition gegen Diskriminierung"** ins Leben rufen. Ziel der Koalition ist es, zentrale Ansprechpartner in Ländern und Kommunen zu gewinnen, mit denen gemeinsame Strategien gegen Diskriminierung entwickelt werden. Die Antidiskriminierungsstelle will vor Ort für das Thema Diskriminierungsschutz sensibilisieren und es als Querschnittsaufgabe politisch verankern.

Als erstes Bundesland unterzeichnete Berlin am Montag eine entsprechende Absichtserklärung. **Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit** betonte: „Berlin hat bereits 20 Jahre Erfahrung mit einem Gleichstellungsgesetz und hat als eines der wenigen Länder eine Landes-Antidiskriminierungsstelle. Insofern sind wir hier ein Vorreiter. Trotzdem bleibt auch für uns in Berlin noch vieles zu tun, sei es bei der Gleichstellung der Frauen auf allen Ebenen der Gesellschaft oder beim Kampf gegen Homophobie. Deshalb begrüße ich die ‚Koalition gegen Diskriminierung' und setze darauf, dass uns diese Initiative weiter voranbringt."

ADS-Leiterin Lüders unterstrich: „Das langfristige Ziel einer Kultur der Gleichbehandlung kann nur erreicht werden, wenn alle an einem Strang ziehen. Um nachhaltige Strategien gegen Diskriminierung zu entwickeln und umzusetzen, ist daher eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit sämtlicher Akteurinnen und Akteure gegen Diskriminierung notwendig."

Unterstützt wird die „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft" daher auch vom Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) und vom Paritätischen

Wohlfahrtsverband. Für den **Antidiskriminierungsverband Deutschland betonte Vorstandsmitglied Daniel Bartel**: „Betroffene sollen ihren Anspruch auf Gleichberechtigung wirksam einfordern können. Dafür braucht es qualifizierte und unabhängige Beratungsstellen, die lokal verankert sind. Der Bedarf ist erkannt - die Offensive kann ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Umsetzung werden."

Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Dr. Ulrich Schneider, sagte: „Unter dem Dach des Paritätischen befinden sich hunderte von Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung, Frauen oder Migrantinnen und Migranten. Sie alle haben immer wieder mit Erfahrungen von Diskriminierung zu tun. Wir freuen uns daher über die neue Partnerschaft mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und sind uns sicher, dass wir gemeinsam ein wirkungsvolles Netzwerk gegen Diskriminierung knüpfen können."

Lüders sagte weiter, der Staat habe die Aufgabe, mit gutem Beispiel voran zu gehen und Schlagwörter wie „interkulturelle Öffnung" oder „Vielfalt" mit Leben zu füllen. Im Rahmen der „Koalition gegen Diskriminierung" setzt die ADS daher gemeinsam mit der Landesstelle für Chancengleichheit in Brandenburg und der Arbeitsstelle Vielfalt der Justizbehörde der Freien Hansestadt Hamburg sowie unter Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart **ein Projekt um, durch das Gleichbehandlung in Verwaltungen gefördert werden soll.** Das im Rahmen des EU-Programms PROGRESS finanziell geförderte Projekt soll Verantwortliche in Ländern und Kommunen bei der konkreten Umsetzung des Diskriminierungsschutzes unterstützen.

Die Leiterin der Abteilung für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern der Landeshauptstadt Stuttgart, Dr. Ursula Matschke, unterstrich: "Gerne bringen wir als Kommune mit dem bundesweit zweithöchsten Anteil von Migrantinnen und Migranten unsere Erfahrungen in das Projekt ein. In Stuttgart entwickeln wir auf der Basis von Befragungen und Datenanalysen aller von Diskriminierung betroffenen Zielgruppen - insbesondere Frauen, Migrantinnen und Migranten, ältere Menschen, bildungsferne Jugendliche - konkrete Maßnahmen, um Chancenungleichheiten abzubauen. Um erfolgreich zu sein, bedarf es neuer Vernetzungsstrukturen."

Lüders präsentierte auch eine **Deutschlandkarte mit Beratungsstellen**, die eine qualifizierte Beratung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz anbieten. Lüders betonte: „Während es insbesondere in den Ballungszentren Berlin, Hamburg, München, Köln und Frankfurt schon eine Vielzahl von Beratungsstellen gibt, sind in manchen Landstrichen nur einzelne oder gar keine Angebote verfügbar." Sie sei aber zuversichtlich, dass sich die Beratungsstruktur durch die Offensive der ADS nachhaltig verbessern werde.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes war mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im August 2006 errichtet worden. Ziel des Gesetzes ist es, Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

(Weitere Informationen zur Antidiskriminierungsstelle des Bundes und zur Offensive unter www.antidiskriminierungsstelle.de bzw. www.netzwerk-gegen-diskriminierung.de.)